

Zeitschrift: Armee-Logistik : unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker = Organo indipendente per logistica = Organ independenta per logistichers = Organ indépendent pour les logisticiens

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 87 (2014)

Heft: 9: Fahrküchenausflug der Sektion Nordwestschweiz

Rubrik: Meldungen aus der Armee

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweizer Luftwaffe ist 100 Jahre alt

31.07.2014

Vor genau 100 Jahren hat die Schweizer Militärluftfahrt abgehoben. Es war am 31. Juli 1914 als der Kommandant der neuen Fliegerabteilung, der Kavalleriehauptmann Theodor Real, seine Funktion übernahm. Einige Tage später trafen neun Piloten mit ihren eigenen Flugzeugen auf dem Beundenfeld in Bern ein. Heute fand in Anwesenheit von Bundesrat Ueli Maurer und dem aktuellen Luftwaffen-Kommandanten, Korpskommandant Aldo C. Schellenberg, am Ort an dem sich einst die Pioniere trafen, eine Feier statt.

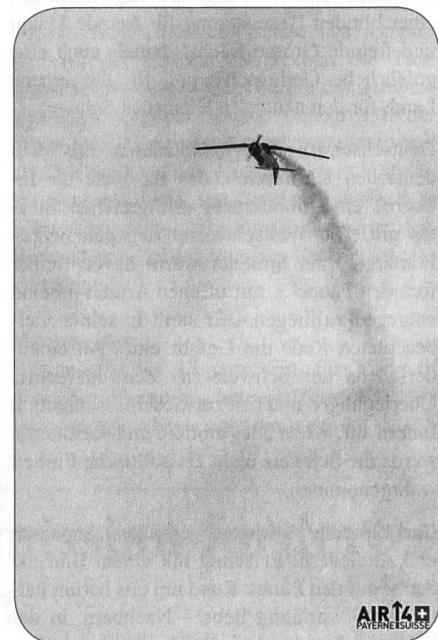
Auch wenn bereits seit Beginn des 20. Jahrhunderts diverse Ballons in den Farben der Schweiz den Himmel erobernten, so fand die offizielle Geburt der Fliegertruppen doch erst am Vorabend des Ersten Weltkriegs statt. Der Kavalleriehauptmann und leidenschaftliche Flieger Theodor Real wurde zum Kommandanten ernannt. Allerdings standen ihm nur sehr bescheidene Mittel zur Verfügung. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, wurden zunächst drei an der Landesausstellung ausgestellte Flugzeuge beschlagnahmt. Als Hangar diente eine Luftschiffhalle in Bern-Beundenfeld. Quartier wurde in einem benachbarten Bauernhof bezogen. Die Piloten, in der Mehrzahl aus der Westschweiz, brachten zum Teil ihre Maschinen und Mechaniker mit. Anfang August 1914 rückten die Herren Audemars, Bider, Burri, Comte, Cuendet, Durafour, Grandjean, Lugrin und Parmelin ein.

Es war eine einfache, aber von Erinnerungen und Emotionen geprägte Feier, die am 31. Juli 2014 auf dem Beundenfeld in Bern stattfand, um den 100. Geburtstag der Luftwaffe offiziell zu begehen. Bundesrat Ueli Maurer hat vor den geladenen Gästen den «Nachkommen der Flugpioniere, die sich um die Luftwaffe und damit auch um die Sicherheit der Schweiz verdient gemacht haben» gedankt. Aber der Chef des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport hat nicht nur einen Blick in die Vergangenheit geworfen, sondern auch nach vorne geschaut: «Wir werden auch in Zukunft eine moderne Armee mit einer

modernen Luftwaffe benötigen.» Die Feier endete mit einem fliegenden Defilee, an welchem die Patrouille Suisse, das PC-7 TEAM und eine F/A-18 begleitet von einer Morane D.3800, einem Jäger aus dem Jahr 1939, teilnahmen. Abgerundet wurde es mit Absprüngen von Fallschirmjägern. Die Gedenkefeiern finden ihre Fortsetzung in Form eines grossen Volksfests, der von der Armee organisierten AIR14.

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Bereich Verteidigung / Teilstreitkraft Luftwaffe



«Unser Schweizer Standpunkt» heute

Rede im Gedenken an die mahnenden Worte Carl Spitteler vor hundert Jahren

31.07.2014

Rede von Bundesrat Ueli Maurer anlässlich der Bundesfeier 2014 gehalten am 31. Juli in Lützelflüh, BE, und am 1. August in Töbel, VS

Unser Nationalfeiertag, der 1. August, bietet immer wieder Anlass zu einer Standortbestimmung. Ich meine, allein schon das ist typisch für unser Land und unterscheidet uns von andern. Wir feiern nicht euphorisch mit Pomp und Paraden – Wir feiern bescheiden, dankbar und meist auch etwas nachdenklich. Wir stellen uns Fragen zum Zustand unseres Landes, werfen einen Blick zurück und wagen einen Ausblick auf uns bevorstehende Zeiten.

Bei allen Erfolgen und Misserfolgen, bei allen Freuden und Leiden, die unsere Geschichte prägen, dürfen wir eine positive Bilanz ziehen. Das war nie selbstverständlich – und es ist auch heute nicht selbstverständlich.

Gestatten Sie mir, aus aktuellem Anlass hundert Jahre zurückzuschauen: Sommer 1914. Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Aus scheinbar nichtigem Grund kommt es zu einer gewaltigen menschlichen Katastrophe mit Millionen von Toten.

Als der Krieg ausbricht, ist die Schweiz glück-

licherweise nicht direkt betroffen. Aber bald steht unser Land politisch vor einer gefährlichen Zerreissprobe. Eine wesentliche Frage spaltet die Bevölkerung: Wie verhalten wir uns in einem Umfeld von grossen und mächtigen Staaten? Bleiben wir eigenständig oder nehmen wir Partei und passen uns an?

Im Ausland spricht man von heiligen Missionen und dem Anbruch einer neuen Zeit – muss die Schweiz da nicht auch mitmachen? Kann sie weiterhin ein neutraler Kleinstaat bleiben?

Vor etwa 100 Jahren, am 14. Dezember 1914, gibt der Schweizer Schriftsteller und spätere Literatur-Nobelpreisträger Carl Spitteler seine berühmt gewordene Antwort auf diese Grundsatzfragen. In einer Rede in Zürich mit dem Titel «Unser Schweizer Standpunkt» spricht er über die Werte unseres Gemeinwesens. Diese Rede ist für uns und unser Land auch heute von grösster politischer Aktualität. Nicht weil sich die Geschichte wiederholt, sondern weil grundsätzliche Fragestellungen immer gleich bleiben und nur das Umfeld und die Akteure sich ändern.

Die Fragen von damals, auf die Carl Spitteler seine klare Antwort gibt, stellen sich immer wieder. Darum sind seine Überlegungen und Mahnungen zeitlos.



Carl Spitteler's Schweizer Standpunkt

Carl Spitteler redet seinen Landsleuten ins Gewissen. Das ist dringend nötig. Denn mit einer blinden Begeisterung für fremde Macht und fremde Grösse wächst damals auch eine gefährliche Geringschätzung für das eigene Land, für den neutralen Kleinstaat Schweiz.

Deutschschweizer sympathisieren mit dem deutschen Kaiserreich, das für viele als Inbegriff eines modernen, erfolgreichen Staates gilt. Die Westschweizer dagegen neigen Frankreich zu. Spitteler warnt davor, «einer fremden Fahne ... mit offenen Armen jubelnd entgegen[zu]fliegen.» Er stellt in seiner vielbeachteten Rede die Gefahr eines Auseinanders der Schweiz ins Zentrum seiner Überlegungen und ruft zur Geschlossenheit im Innern auf. Wenn alles «lottere und schlottere» werde die Schweiz nicht als politische Einheit wahrgenommen.

Carl Spitteler kritisiert gefälliges Anpassen und Anbiedern: Er bringt mit einem Bild die Sache auf den Punkt: Rund um uns herum hätten wir – vorläufig liebe – Nachbarn, in der Schweiz aber seien wir Brüder. Und zwischen Brüdern und Nachbarn bestehe ein grosser Unterschied. Denn Staaten sind «keine sentimental und keine moralischen Mächte, sondern Gewaltmächte». Die Weisheit der Weltgeschichte sei folglich in einem Satz zusammenzufassen: «Jeder Staat raubt so viel er kann. Punktum.»

Spitteler durchschaut die Menschen und er durchschaut die Politik. Er sieht klar und er formuliert klar. Es lohnt sich daher, die ganze Rede Spittelers wieder einmal zu lesen. Es ist ein zeitloses Dokument zur schweizerischen Einigkeit, Unabhängigkeit und zur Neutralität, verbunden mit einem Appell an unsere traditionellen Werte wie Bescheidenheit, Demut, Dankbarkeit, Respekt vor den andern – aber auch getragen von einem Glauben an uns selbst.

Wo steht die Schweiz heute?

Die Aktualität von Spittelers Rede ist offensichtlich: Wir stehen seit Jahren unter Druck benachbarter und eigentlich befreundeter Staaten sowie internationaler Organisationen. Immer wieder werden unsere Eigenheiten kritisiert, im Visier ist unsere von Volk und Volksvertretern demokratisch beschlossene Gesetzgebung. Für die Politiker stellt sich in hohem Rhythmus die Frage, ob wir auf die Forderungen eintreten und nachgeben sollen oder ob die Schweiz weiterhin einen eigenständigen Weg beschreiten will.

Das ist genau die Frage, auf die Spitteler am Anfang seiner Rede eingeht: «Wollen wir oder

wollen wir nicht ein schweizerischer Staat bleiben, der dem Auslande gegenüber eine politische Einheit darstellt?»

Auch wenn dabei die Gräben anders verlaufen als vor hundert Jahren, ist die Kluft doch deutlich erkennbar. Bei uns, wie übrigens auch bei unseren Nachbarn, stellen wir fest, dass vor allem der Gegensatz zwischen einer sogenannten Elite einerseits und den Bürgerinnen und Bürgern andererseits zunimmt.

Diese Entwicklung ist schon so weit gediehen, dass demokratische Entscheide der Schweizer Stimmbürger bei Politikern im Ausland zu harschen Reaktionen führen können. Manchmal direkt als Drohung formuliert, manchmal als guter Ratschlag getarnt.

Schon Carl Spitteler kannte diese angeblich gut gemeinten Ratschläge; in seiner Zürcher Rede sagte er dazu: «Wir werden etwa freundnachbarschaftlich ermahnt, die politischen Grenzen nicht so stark mit dem Gefühl zu betonen. Wenn wir dieser Ermahnung nachgäben, so würde folgendes entstehen: An Stelle der überbrückten Grenzen nach aussen würden sich Grenzen innerhalb des Landes bilden...» Diesen Effekt beobachte ich auch heute mit Sorge: Je mehr wir gegen aussen nachgeben, desto grösser werden die Gegensätze bei uns im eigenen Land, zwischen Politik und Volk. Wir dürfen aber auf keinen Fall für den Preis internationalen Lobes den Zusammenhalt der Schweiz aufs Spiel setzen.

Diese Gefahr ist jetzt wieder aktuell – etwa wenn Brüssel fordert, die Schweiz hätte das Recht der EU zu übernehmen und sich den Richtern und den Gerichten der EU zu unterstellen.

Der eigenständige Weg der Schweiz

Die Schweiz ist seit Jahrhunderten einen eigenen, ja eigenwilligen Weg gegangen. Ansporn war der Wille zur Freiheit und zur Unabhängigkeit, der sich durch die bewaffnete Neutralität manifestiert. Auch Spitteler sprach dies an: «Während andere Staaten sich durch Diplomatie, Übereinkommen und Bündnisse einigermassen vorsehen, geht uns der Schutz der Rückversicherung ab. Wir treiben ja keine hohe auswärtige Politik. Hoffentlich! Denn der Tag, an dem wir ein Bündnis abschlössen oder sonstwie mit dem Ausland Heimlichkeiten mächeren, wäre der Anfang vom Ende der Schweiz.»

Diese eigenständige Position der Schweiz, basierend auf unserer direkten Demokratie und der bewaffneten Neutralität, war für uns in der Vergangenheit nie einfach. Bei aller freundnachbarschaftlichen Zusammenarbeit mit allen Staaten erfordert das im politischen Alltag

eine notwendige Zurückhaltung und Distanz. Es haben dabei die gleichen Massstäbe für alle zu gelten. Auch wenn wir mit einem Staat freundliche Beziehungen pflegen, sind seine Feinde nicht automatisch auch unsere Feinde. Unsere neutrale Gesinnung wird aber keiner der andern Staaten als richtig empfinden. Sie sind Partei und erwarten die Unterstützung ihrer Position, sie sind aus ihrer Sicht im Recht. Für sie gilt oft nur: Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns.

Die Position des Neutralen muss eine andere sein. Carl Spitteler hat das so gesagt: «Allein da wir uns nicht röhren, scheinen wir gleichgültig. Darum erregt schon unser blosses Dasein Anstoss. Anfänglich wirkt es unangenehm befremdend, allmählich die Ungeduld reizend, schliesslich widerwärtig, verletzend und beleidigend.» Dass man den Neutralen als Profiteur beschimpft, ist also nichts Neues. Auf die Dauer gesehen trägt aber gerade dieser Abstand zu den Mächtigen und zur Machtpolitik ganz wesentlich zum guten Ruf unseres Landes bei.

Wir stellen heute einmal mehr fest, dass die Frage der Neutralität auf dem Tisch des Hauses liegt, wir sind immer wieder mit ihr konfrontiert. Die Versuchung ist gross, im Sinne mächtiger Staaten Stellung zu nehmen. Spitteler umschreibt es so: «Noch etwas Böses und Gefährliches: Der Parteinahe winkt unmässiger Lohn, der Unparteilichkeit drohen vernichtende Strafen.»

Auch das ist heute nicht anders: Mit dem Strom schwimmen ist leicht. Nachgeben auch. Im Moment. Erst später zeigen sich dann die verhängnisvollen Konsequenzen. Nicht zu denken, was aus unserem Land geworden wäre, hätte man sich vor hundert Jahren einer der grossen Mächte angeschlossen ... Unabhängigkeit und Neutralität sind langfristige Werte. Auf dem eigenständigen Weg der Schweiz steht man immer wieder auch im Gegenwind, damals wie heute; aber vergessen wir nicht: Dieser Eigenständigkeit verdanken wir Freiheit, Lebensqualität und Wohlstand.

Mut zu einer freiheitlichen Schweiz

Spitteler mahnte vor hundert Jahren zur schweizerischen Einigkeit, Unabhängigkeit und zu freundlicher, aber selbstbewusster Distanz im Umgang mit grossen Staaten. Er forderte ein Bekenntnis zur bewaffneten Neutralität. Heute tobts nicht unmittelbar Krieg um uns herum. Blutige Konflikte mit hunderten von Toten und abertausenden von Flüchtlingen in der Ukraine oder im Nahen Osten zeigen aber auch uns, dass die Sicherheit keine Selbstverständlichkeit ist. Investitionen in

Schweizer Armee setzt auf Schweizer Lebensmittel

Bern, 18.08.2014

Ab 1. Januar 2015 wird die Truppe grundsätzlich mit Lebensmitteln aus schweizerischer Herkunft verpflegt. Der Verpflegungskredit wird zu diesem Zweck um 1.5 Millionen Franken oder 25 Rappen pro Person und Tag erhöht.

Die Schweizer Armee setzt ab 2015 bei ihren jährlich rund 13 Millionen Mahlzeiten grundsätzlich auf Schweizer Produkte. Künftig wird Fleisch mit dem Label «Suisse Garantie» und Geflügel mit der Bezeichnung «Schweizer Geflügel» auf die Teller der Angehörigen der Armee kommen. Brot, Eier, Käse, und weitere Milchprodukte werden ausschliesslich schweizerischer Herkunft sein, und bei Fisch

werden lediglich Produkte mit den Gütezeichen «MSC» (Marine Stewardship-Council) und «ASC» (Aquaculture Stewardship-Council) berücksichtigt.

Bereits heute sind rund zwei Drittel der in der Armee verwendeten Lebensmittel schweizerischer Herkunft. Mit der grundsätzlichen Umstellung auf Schweizer Produkte ist die Armee bereit, ihren Verpflegungskredit von bisher rund 63 Millionen Franken pro Jahr um 1.5 Millionen Franken aufzustocken. Pro Person und Tag stehen ab 2015 für die fünf Mahlzeiten und Zwischenmahlzeiten neu 8.75 statt wie bisher 8.50 Franken zur Verfügung.

Auslöser der grundsätzlichen Umstellung auf Schweizer Lebensmittel war die Tatsache,

dass 2013 ein Teil des im Truppenhaushalt verwendeten Geflügelfleisches aus Ungarn stammte. In Ungarn entsprechen die Tierschutzverordnungen nicht den in der Schweiz gesetzlich vorgeschriebenen Standards. In der Folge analysierte die Armee zusammen mit dem Schweizer Tierschutz STS, dem Schweizer Bauernverband, der Proviande sowie dem Schweizerischen Bäcker-Confiseurmeister-Verband mögliche Lösungen für die Armeeverpflegung.

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Internet: <http://www.vbs.admin.ch>

Finanzierung der Armee – Kommission fordert Planungssicherheit

15.08.2014 | Medienmitteilung SiK-S

Die Sicherheitspolitische Kommission will der Armee eine langfristige und verlässliche Finanzplanung ermöglichen. Deshalb soll im Militärgesetz eine Grundlage für einen Zahlungsrahmen über mehrere Jahre für die Armee geschaffen werden. Dieses Instrument hat sich im Rahmen der Finanzierung z.B. der Landwirtschaft oder der ETH bewährt. Der Zahlungsrahmen soll den heutigen Armeefond ersetzen.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) kritisiert die ständige Unsicherheit bei der Finanzierung der Armee und die damit verbundenen Planungsschwierigkeiten. Zudem fehlt dem heutigen Finanzierungs-

instrument, dem Armeefond, inzwischen die formell-gesetzliche Grundlage. Insbesondere wegen der sich über Jahre erstreckenden Rüstungsbeschaffungen und des grossen Immobilienparks der Armee erachtet die SiK-S längere Planungshorizonte von grösster Wichtigkeit. Dabei soll der Armee auch künftig die Möglichkeit gegeben werden, Kreditreste im Folgejahr neu zu budgetieren, sofern die Vorgaben der Schuldenbremse dies zulassen. Der vorgeschlagene Zahlungsrahmen bietet der Armee für ihre Planung mehr Sicherheit und höhere Verbindlichkeit. Dem Parlament wiederum ermöglicht ein Zahlungsrahmen regelmässig, z.B. alle vier Jahre, eine umfassende Diskussion über die Finanzierung der Armee in den Bereichen Betrieb, Rüstungsbeschaffung und Immobilien zu führen und

richtungsweisende Beschlüsse zu fassen. Die Budgethoheit wird dabei nicht in Frage gestellt. Vor diesem Hintergrund beantragt die SiK-S einstimmig, der nationalrättlichen Motion 13.3568 (Leo Müller) „Finanzierung der Armee“ zuzustimmen, welche die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für einen mehrjährigen Zahlungsrahmen für die Armee verlangt. Dieses Vorhaben soll im Rahmen der anstehenden Weiterentwicklung der Armee verwirklicht werden.

Kein Handlungsbedarf im Zivildienst

Die SiK-S hat den 3. Bericht des Bundesrates über die Auswirkungen der Tatbeweislösung beim Zivildienst behandelt und kommt wie

Fortsetzung auf Seite 12**Fortsetzung von Seite 10**

die Sicherheit und damit in die Armee dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Erinnern wir uns an Spitteler. Besinnen wir uns auf die Prinzipien, die die Schweiz stark gemacht und die ihr weltweit zu einem einmalig hohen Ansehen verholfen haben. Da können wir vorab festhalten, dass daran in den letzten hundert Jahren nichts geändert hat. Im Gegenteil: in einer Welt, die nach Halt und Werten sucht, hat die Schweiz eine anerkannte und bewährte Basis.

Das Ziel des schweizerischen Staatswesens

ist und bleibt es, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Passen wir darum auf, dass wir die Freiheit nicht durch immer mehr Vorschriften im Innern und durch internationale Verpflichtungen gegen aussen einschränken.

Wir begegnen allen Staaten dieser Welt mit Respekt, aber auf Augenhöhe. Wir treten mit unserer typischen Schweizer Bescheidenheit auf. Es ist nicht unsere Absicht, andere zu belehren, aber umgekehrt wollen wir auch nicht nach fremden Vorschriften leben müssen. Wir sind weder besser noch schlechter, aber wir sind anders. Wir haben unsere eigene Geschichte und haben unser Land auf den Werten

der direkten Demokratie, des Föderalismus und der Freiheit aufgebaut. Das bedeutet unter anderem, dass das Volk der Souverän und damit die höchste Instanz im Staate ist. Und diese höchsten Instanz haben die Politiker im Inland und im Ausland zu respektieren. Der Nationalfeiertag ist ein würdiger Anlass, sich in Erinnerung an die schwere Zeit vor hundert Jahren auf unsere Grundwerte zu besinnen und sie zu achten und zu würdigen - denn sie haben nichts von ihrer Aktualität verloren.

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

der Bundesrat zum Schluss, dass der Zivildienst bei unveränderten Rahmenbedingungen weder die aktuellen Armeebestände noch die Bestände gemäss geplanter Weiterentwicklung der Armee gefährdet.

Die Kommission ist der Ansicht, dass momentan keine zusätzlichen Massnahmen zu ergreifen sind, um die Zahl der Zulassungen zum Zivildienst zu senken. Sie beantragt ihrem Rat deshalb einstimmig, der parlamentarischen Initiative Engelberger 10.528 n (Stopp dem Je-kami im Zivildienst), welche die Einreichung eines Zivildienstgesuches nur zum Zeitpunkt der Rekrutierung erlauben will, keine Folge zu geben. Ebenso beantragt sie einstimmig, die Motion Eichenberger 09.3861 n (Dauer von Zivildienst und Militärdienst gerecht ausgestalten) abzulehnen, welche die Erhöhung des heutigen Faktors 1.5 bei der Dauer der ordentlichen Zivildienstleistungen um maximal 0,3 auf 1,8 fordert.

In den Augen der Kommission werden die Schlussfolgerungen der Studiengruppe Dienstpflichtsystem, welche Mitte 2015 vorliegen sollten, eine Diskussion über die zukünftige Ausgestaltung des Zivildienstes ermöglichen. Die Kommission hat am 14. und 15. August 2014 unter dem Vorsitz von Ständerat Alex Kuprecht (SVP, SZ) und teils in Anwesenheit von Bundesrat Ueli Maurer, Chef VBS, sowie von Bundesrat Johann Schneider-Ammann, Vorsteher des WBF, in Bern getagt.

Beförderungen im Offizierskorps

Bern, 21.08.2014 –
Mit Wirkung ab 19. August 2014

Zum Oberleutnant

Baruti Amantin, 3954 Leukerbad VS
Buchs Justin, 4552 Derendingen SO
Gaudard Joseph, 1053 Bretigny-sur-Morrens VD
Gut Fabian, 5300 Turgi AG
Holzer Claudio, 3902 Glis VS
Imboden Kilian, 6340 Baar ZG
Riner Damiano, 8626 Ottikon (Gossau ZH) ZH
Rüttimann Timo, 8142 Uitikon Waldegg ZH
Tonina Fabio, 8246 Langwiesen ZH
Vianin Tobias, 3961 Grimentz VS
Villiger Nicolas, 5702 Niederlenz AG

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Internet: <http://www.vbs.admin.ch>

Bundesrat verabschiedet Botschaft zur Revision des Landesversorgungsgesetzes

Bern, 03.09.2014 – Der Bundesrat hat die Botschaft zur Totalrevision des Landesversorgungsgesetzes (LVG) ans Parlament überwiesen. Die heutigen Rahmenbedingungen verlangen einen stärkeren Beitrag der wirtschaftlichen Landesversorgung (WL) zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Versorgungsinfrastrukturen und ein dynamisiertes Instrumentarium zur Bewältigung von schweren Mangellagen. Die Revision strebt dabei keinen grundlegend neuen Ansatz an. Im Zentrum stehen die Beschleunigung der Abläufe im Krisenfall sowie der vorsorgliche Beitrag zur Versorgungssicherheit.

Die Modernisierung der bestehenden Gesetzesgrundlage aus dem Jahr 1982 soll der WL ermöglichen, den vielfältigen Anforderungen an eine zeitgemäss Krisenvorsorge weiterhin genügen zu können. Unabhängig von den Ursachen muss die WL bei drohenden oder bereits eingetretenen schweren Mangellagen, die das ganze Land betreffen, rasch und gezielt eingreifen können.

Bewährte Prinzipien und Instrumente der WL wie die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat, das Subsidiaritäts- und Milizprinzip oder die Pflichtlagerhaltung werden beibehalten. Die Wirtschaft spielt sowohl bei der Vorsorge als auch bei der Bewältigung von Krisen weiterhin die zentrale Rolle. Der Bund greift, falls nötig, nur unterstützend ein.

Mit der Revision ist die Absicht verbunden, bereits in Zeiten ungestörter Versorgung einen Beitrag zur Widerstandsfähigkeit von lebenswichtigen Versorgungsinfrastrukturen zu leisten. Das Gesetz beinhaltet Instrumente, die es ermöglichen, Unternehmen von besonderer Bedeutung für die Landesversorgung optimal in die Krisenvorsorge einzubeziehen. Es geht dabei in erster Linie um die Sicherstellung der Produktions-, Verarbeitungs- und Lieferbereitschaft solch wichtiger Akteure. Der Bundesrat soll Unternehmen verpflichten können, geeignete Massnahmen zu treffen, sofern es die Situation erfordert. Freiwillige Massnahmen der Wirtschaft zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit haben aber grundsätzlich Vorrang.

Die starke Vernetzung der Wirtschaft im Zuge der Globalisierung und die hohe Dynamik mo-

derner Versorgungsprozesse verlangen heutzutage eine raschere Reaktion auf Störungen. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung kann die WL bereits handeln, wenn sich eine schwerwiegende Versorgungsstörung unmittelbar anbahnt. Damit sollen schwere Schäden für die Wirtschaft vermieden oder möglichst gering gehalten werden.

In der Vernehmlassung wurden die Haupttossrichtung und die Ziele der Revision mehrheitlich befürwortet. So bleiben beispielsweise die Grundzüge der Pflichtlagerfinanzierung erhalten. Lagerkosten und Preisverluste auf Pflichtlagerwaren sind grundsätzlich weiterhin aus privaten Mitteln der Garantiefonds zu decken. In zahlreichen Stellungnahmen wurde jedoch verlangt, dass der Bund die Kosten übernehmen müsse, falls die Mittel aus den Garantiefonds nicht ausreichen sollten. Mit der nun vorgeschlagenen Lösung wird deshalb subsidiär zur privaten Finanzierung eine Übernahme der Lagerhaltungskosten durch den Bund ermöglicht.

Etliche Vernehmlassungsteilnehmer, darunter auch mehrere Kantone, haben die Bedeutung der Ressource Boden betont, welche es als Basis für die inländische Produktion lebenswichtiger Güter wie Nahrungs- und Futtermittel zu schützen gelte. Neu wird deshalb eine Bestimmung in das LVG aufgenommen, welche die Wichtigkeit ausreichender Fruchtfolgeflächen für die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Nahrungsmitteln in Krisenzeiten deutlich macht.

Herausgeber:

Der Bundesrat
Internet: <http://www.bundesrat.admin.ch>



Bundesrat verabschiedet Änderung der Verordnung über die Militärdienstpflicht

Bern, 03.09.2014 – Der Bundesrat hat an seiner heutigen Sitzung eine Änderung der Verordnung über die Militärdienstpflicht verabschiedet. Die Erfahrungen aus der Praxis verlangte kleinere Anpassungen.

Die Verordnung über die Militärdienstpflicht (MDV) wird nur in Details korrigiert, um den Bedürfnissen der Praxis gerecht zu werden. Insbesondere sollen Stabsoffiziere, welche in Stäben des Hauptquartiers eingeteilt sind, nicht mehr als Spezialisten im Sinne der Ver-

ordnung gelten. Dies hat zur Folge, dass für die betroffenen Offiziere die Diensttagelimits von 300 Tagen in Fortbildungsdiensten der Truppe nicht zur Anwendung gebracht werden kann. Im Weiteren wurde dem Antrag der Armeeseelsorge stattgegeben, wonach die militärische Grundausbildung der Hauptmänner Armeeseelsorge nur noch 19 Tage dauern soll.

Herausgeber:

Der Bundesrat
Internet: <http://www.bundesrat.admin.ch/>

Bundesrat verabschiedet Militärvorlagen

Bern, 03.09.2014 –

Der Bundesrat hat heute die Botschaft zur Weiterentwicklung der Armee (Änderung der Militärgesetzgebung) sowie einen Bericht zur langfristigen Sicherung des Luftraumes zuhanden des Parlaments verabschiedet. Die Änderung der Militärgesetzgebung geht von den schon früher verabschiedeten Eckwerten aus: Reduktion des Sollbestandes auf 100 000 Angehörige der Armee und Senkung der Diensttage auf rund 5 Millionen pro Jahr.

Der Bundesrat schlägt dem Parlament mit der Weiterentwicklung der Armee eine Reduktion des Armeebestandes auf 100 000 Armeangehörige vor. Die Schlagkraft der Armee soll dabei einerseits mit einer modernen und soliden Ausrüstung, andererseits mit einer höheren Bereitschaft und einer schnelleren Mobilisierung verbessert werden. Die Armee soll flexibel eingesetzt und situationsgerecht auf neue Bedrohungen reagieren können, damit sie ihren Verfassungsauftrag auch in Zukunft erfüllt.

Als Folge der Reduktion der Diensttage auf 5 Millionen, wird die Ausbildung der Truppe von 260 auf 225 Tage reduziert. Die Rekrutenschule wird auf 18 Wochen verkürzt, die Wiederholungskurse sollen inskünftig in der Regel noch zwei Wochen dauern. Parallel dazu wird die Ausbildung der Kader verbessert. Jeder erworbene Grad soll wieder vollumfänglich abverdient werden, dies nachdem jeder eine vollständige Rekrutenschule absolviert hat. Das von den Kantonen gut aufgenommene Standortkonzept erfährt keine Änderungen.

Die Planungssicherheit der Armee soll durch die Einführung eines vierjährigen Zahlungsrahmens verbessert werden. Vom Beschaffungsbedarf insbesondere im Bereich Cyber-Defence, der Luftverteidigung und der Nachrüstung der Bodentruppen hat der Bundesrat Kenntnis genommen. Diese Bedürfnisse sind bis Ende 2014 weiter zu konkretisieren. In der ersten Periode des Zahlungsrahmens von 2017 bis 2020 dürfen nicht genügend zahlungssreife Beschaffungen vorliegen, wes-

halb dieser erste Zahlungsrahmen bei 19,5 Milliarden liegen soll. Dieser entspricht den Bedürfnissen der Armee.

Da inskünftig auch regionale Bedrohungssituationen denkbar sind, bei denen nicht die gesamte Armee aufgeboten wird, kommt der Gewährleistung der Sicherheit im subsidiären Einsatz mehr Bedeutung zu. Die Unterstützung der zivilen Behörden durch die Armee in solchen Situationen ist denkbar und soll durch eine Stärkung der neuen Territorialdivisionen verbessert werden. Dabei geht es nicht um das zur Verfügung stellen von Hilfspersonal, sondern um ausgebildete und gut ausgerüstete Truppen, welche die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten. Der Hauptzweck der Armee ist und bleibt gemäss Bundesverfassung die Verteidigung.

Die Ressourcen für die Friedensförderung im Ausland sollen, wie im Armeebericht ausgeführt, erhöht werden. Dazu strebt der Bundesrat eine Aufstockung dieser Truppen an. Geprüft wird zudem die bessere Mobilität dieser Truppen durch Lufttransportmittel. Eine intensivere internationale Kooperation ist neben der Friedensförderung bei der Ausbildung und Rüstung zu prüfen.

Bezüglich Kampfflugzeuge sieht der Bundesrat eine Neuevaluation gegen Ende des Jahrzehnts vor, damit eine Einführung gegen 2025 möglich wird. In seinem Bericht zur Sicherung des Luftraums geht der Bundesrat von einem gesamtheitlichen Ansatz der Luftverteidigung aus der neben Flugzeugen auch Drohnen, Luftabwehr und Transporte beinhaltet. Um die vorhandenen finanziellen Mittel gezielt einzusetzen, wird ein Upgrade des F/A-18, nicht aber des veralteten Tiger F5 in Betracht gezogen.

Herausgeber:

Der Bundesrat
Internet: <http://www.bundesrat.admin.ch/>

«Die Luftwaffe ist immer noch im Steigflug»

Bern, 02.09.2014 – Korpskommandant Aldo C. Schellenberg, Kommandant Luftwaffe, bereitet seine Truppen auf die Entwicklungen in den nächsten Jahren vor. Er will das Projektmanagement für künftige Beschaffungen von Flugzeugen und Fliegerabwehrsystemen stärken.

Den demokratischen Entscheid gegen die Beschaffung des Saab Gripen vom 18. Mai respektiere die Schweizer Armee selbstver-

ständlich, sagte Schellenberg an seinem Informationsrapport in Payerne VD, der im Rahmen der Air Show AIR14 und dem 100-Jahr-Jubiläum der Luftwaffe stattfand. Die 54 F-5 Tiger der Luftwaffe würden per 2016 ausser Dienst gestellt, wie das in der Abstimmungsbotschaft zur Gripen-Abstimmung vom Bundesrat kommuniziert worden sei.

«Davon abzuweichen könnte eine künftige Kampfflugzeugbeschaffung korrumpern», sagte Schellenberg. Eine Kampfwertsteige-

rung der Tigerflotte oder von Teilen davon sei aus operationeller und finanzieller Sicht nicht sinnvoll. Weder beim Radar noch bei der Bewaffnung liessen sich die F-5 ausreichend auf moderne Bedürfnisse anpassen.

Der Chef VBS, Bundesrat Ueli Maurer, plant beim derzeitigen Budget mit einer Armee von 100 000 Mann, wie er in seiner Grussbotschaft zum Informationsrapport sagte. Er wolle eine Armee, die den Vorstellungen der «politischen Mitte» entspreche. Eine zu grosse, nach frü-

heren Bedürfnissen orientierte Armee lehnt Maurer ab. Genauso wehrt er sich gegen eine weitere deutliche Verkleinerung der Truppen.

Längerer Betrieb der F/A-18 geprüft

Die Luftwaffe prüfe nach dem Volks-Nein zum Gripen eine moderate Lebenswegverlängerung für die 32 F/A-18 nach 2025, sagte Korpskommandant Schellenberg. Es müsse aber rechtzeitig eine Ablösung geplant werden: Das Hauptargument bleibe die Durchhaltefähigkeit in Krisenzeiten. Der Luftpolizeidienst dürfe nicht die alleinige Begründung für ein neues Mehrzweckkampfflugzeug sein.

Schellenberg drängte auch auf ein möglich rasches Konzept für die Beschaffung neuer Flugabwehrsysteme. Das Bedürfnis sei eine integrierte Luftverteidigung mit Kampfflugzeugen und bodenbasierten Flugabwehrsystemen.

In der normalen Lage werde die Luftwaffe ab 2020 ganzjährlich über 24 Stunden am Tag den Luftraum mit Interventionsmitteln sichern. Im Krisenfall oder zur Unterstützung ziviler Behörden komme sie in ausserordentlichen Lagen zum Einsatz. Weiter müsse die Luftwaffe die Fähigkeit aufbringen, eine begrenzte eigene Lufthoheit zu schaffen, um die eigenen Truppen zu sichern. Luftransport und Nachrichtenbeschaffung für die politische und militärische Führung blieben Aufgaben der Luftwaffe.

AIR14 als Startschuss

Gestärkt werden müsse aber das Projektmanagement, dazu gehöre auch die Kommunikation: «Wenn die Bevölkerung genau weiß, was wir leisten, dann wird sie uns auch unterstützen. Am 18. Mai ist uns das nicht gelungen. Das darf uns nicht noch einmal passieren.»

Die erfolgreiche AIR14 in Payerne als Anlass der gesamten Armee sei als Startschuss für die nächsten Abstimmungen zu verstehen. Schellenberg zeigte sich optimistisch: «Die Luftwaffe ist immer noch im Steigflug.»

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Internet: <http://www.vbs.admin.ch>



Bericht über die Sicherheitspolitik erscheint 2016

27.08.2014

Der nächste Bericht zur Sicherheitspolitik der Schweiz wird 2016 erscheinen. Das hat der Bundesrat an seiner heutigen Sitzung beschlossen. Grund sind die noch laufenden Umsetzungsarbeiten aus dem letzten Bericht.

Der Bundesrat publiziert in regelmässigen Abständen Berichte über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Der letzte Bericht stammt aus dem Jahr 2010. Der Zweck dieser Berichte ist es, das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz zu analysieren und davon ausgehend die Ausrichtung der Sicherheitspolitik und ihrer Instrumente festzulegen.

Der Bundesrat hatte ursprünglich geplant, den nächsten Bericht zur Sicherheitspolitik der Schweiz bis Mitte 2015 vorzulegen. Bei den Umsetzungsarbeiten aus dem letzten Bericht haben sich aber gewisse Verzögerungen ergeben. Das gilt insbesondere für die Armee, wo das Parlament diverse Zusatzberichte zum Armeiebericht von 2010 verlangte und auch die Abstimmung über den Gripen abgewartet werden musste. Der Bundesrat hat vor diesem Hintergrund beschlossen, mit dem nächsten

sicherheitspolitischen Grundlagendokument noch zuzuwarten. Der neue Bericht soll Ende 2016 vorliegen.

Mit der nun beschlossenen Verschiebung geht es dem Bundesrat darum, in der anstehenden politischen Diskussion zur Weiterentwicklung der Armee Konfusion zu vermeiden. Bei der Weiterentwicklung der Armee geht es um die kurz- bis mittelfristige Ausrichtung der Armee. Aufgabe des nächsten Berichts zur Sicherheitspolitik der Schweiz wird es hingegen sein, über diesen Zeithorizont hinauszublicken und Leitlinien für die längerfristige Entwicklung der schweizerischen Sicherheitspolitik festzulegen. Das gilt auch für die Armee – als eines der wesentlichen sicherheitspolitischen Instrumente –, die vom nächsten Bericht ebenfalls wieder Impulse für die Zeit nach 2020 erhalten soll. Der Bundesrat ist deshalb der Ansicht, dass – im Sinne der Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit – diese beiden Diskussionen zeitlich klarer getrennt und damit besser aufeinander abgestimmt werden sollen.

Herausgeber:

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Das Biosicherheitslabor in Spiez

Dieses Jahr ist die höchste Sicherheitsstufe des Biosicherheitslabors im LABOR SPIEZ in Betrieb gegangen. Die Arbeiten im Labor dienen der Diagnostik von hochpathogenen Krankheitserregern sowie der Erforschung von Krankheitsverbreitungen und Therapiemöglichkeiten.

04.08.2014 | Kommunikation VBS / LABOR SPIEZ

Mit dem neuen Biosicherheitslabor kann der Bevölkerungsschutz nun auf eine vollumfängliche, rasche Laboranalytik auf allen Sicherheitsstufen zurückgreifen und das LABOR SPIEZ kann seine wichtige Rolle sowohl in der Gesundheits- wie in der Sicherheitspolitik vollumfänglich wahrnehmen. Das Labor erlaubt die sichere Diagnostik von höchst infektiösen humanpathogenen Krankheitserregern und schliesst damit eine Lücke im nationalen Schutz vor biologischen Bedrohungen, denn erst wenn ein Krankheitserreger identifiziert und charakterisiert werden kann, ist eine ef-

fektive Ereignisbewältigung mit zielgerichteter medizinischer Vorsorge und Behandlung möglich.

Ein ausgeklügeltes Containment-system

Die Arbeit an hochgefährlichen Krankheitserregern erfordert für die Labors ein ausgeklügeltes Containmentsystem. Dazu gehören Sicherheitsinstallationen und persönliches Schutzmaterial wie zum Beispiel Sicherheitswerbänke, Vollschutzanläge, luftdicht abgeschlossene Räume, Unterdruckhaltung in den Labors sowie ein komplexes System an Schleusen und Barrieren. Die Mitarbeiter verlassen die Labors über Chemieduschen, in welchen die Aussenseite ihrer Vollschutzanläge dekontaminiert wird. Die Abluft sowie sämtliche festen und flüssigen Abfälle müssen mikrobiologisch inaktiviert werden, bevor sie das Biosicherheitslabor verlassen. Feste Abfälle müssen über Autoklaven mit einer Hitz-

einaktivierung ausgeschleust werden, flüssige Abfälle, inklusive das Abwasser der Dekontaminationsduschen, müssen in Lagertanks aufgefangen und über Dampfsterilisatoren inaktiviert werden.

Schrittweise in Inbetriebnahme

Bereits seit Februar 2012 kann in Spiez mit Erregern der Risikogruppen 2 und 3 gearbeitet werden. Die Inbetriebnahme der Laboreinheiten der höchsten Sicherheitsstufe 4 erfolgte Anfang 2014. Dem voraus gingen umfangreiche Tests, um absolut sicherzustellen, dass gegen innen (Mitarbeitende) und aussen (Umwelt) zu keiner Zeit ein Risiko durch Verschleppung vom Mikroorganismen besteht.

Von Juli 2014 bis voraussichtlich November 2014 besorgt das LABOR SPIEZ im Rahmen eines Memorandum of Understanding mit dem Nationalen Zentrum für neuauftretende Viruserkrankungen (NAVI) die molekulare Diagnostik von Krankheitserregern für das Genfer Universitätsspital (HUG), dessen Referenzlabor derzeit umgebaut wird und daher keine Analysen für Krankheitserreger der höchsten Risikogruppe vornehmen kann, z.B. virale hämorrhagische Fieberviren wie Ebola, Marburg, Krim-Kongo- und Lassa sowie Pocken.

Vielversprechende Forschungsprojekte

Im weiteren erlaubt das Biosicherheitslabor in Spiez künftig die Realisierung wissenschaftlicher Projekte, welche auf die Infrastruktur eines Labors der höchsten Sicherheitsstufe angewiesen sind. Das Institut für Mikrobiologie der Universität Lausanne (IMUL) wird die ersten beiden Forschungsprojekte im Biosicherheitslabor betreuen. Beide Projekte kombinieren neue und vielversprechende Technologien mit einem hochrelevanten biomedizinischen Problem und könnten damit den Weg zur Entwicklung einer ersten Schutzimpfung gegen hämorrhagische Arenaviren bereiten.

In Afrika verursacht beispielsweise das Lassaviruss hunderttausende Infektionen pro Jahr und bedroht derzeit über 180 Millionen Menschen. Der internationale Luftverkehr importiert regelmässig Fälle von Arenavirus in Metropolen überall auf der Welt, was die lokalen Bevölkerungen gefährdet. Derzeit ist keine allgemein zugelassene Impfung gegen Arenaviren erhältlich und die therapeutischen Mittel sind beschränkt. Die Entwicklung wirksamer Medikamente und Impfungen gegen diese Viren ist deshalb von hoher Priorität.

Kasernengespräch mit Bundesrat Ueli Maurer

Ueli Maurer, Chef des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), hat die Medien zum Kasernengespräch in die Mannschaftskaserne Bern eingeladen. Thema: «Weiterentwicklung der Armee (WEA) – Hintergrund und Ziele.»
19.08.2014 | Kommunikation VBS

Was unterscheidet eine Armee von heute und insbesondere der Zukunft von jener der Vergangenheit? Die Antworten dazu gab Bundesrat Ueli Maurer vor den Medien. Im ersten Teil des Kasernengespräches zeigte der Verteidigungsminister die militärischen Mittel des 1. Weltkrieges und des 2. Weltkrieges mit anschaulichen Beispielen auf. Vom Schützengraben in die Bunker, von der Kavallerie zu den Panzern, von der Brieftaube zum Funk und vom Luftkampf der Geschwader bis zu den Bombern mit den Abwurf der ersten Atombombe auf Hiroshima. Eine Zäsur, die im Kalten Krieg im Wettrüsten der Supermächte gipfelte. Die Schweiz hatte um 1960 mit rund 625'000 Mann ein Massenheer. Diese Masse wurde auch in Paraden zur Schau gestellt. In die Armee flossen bis zu 40% der Bundesausgaben. 1914 umfasste die Armee 450 000 Mann und 75% des Bundeshaushalts floss in die Landesverteidigung. 1944 waren es dann noch 60%, die Armee umfasste rund 700 000 Mann.

Schutz im Zentrum

Die Bedrohung im letzten Jahrhundert ging von Nationen aus. Erst der Fall der Mauer 1989 setzte dem ein Ende. Der Traum von Frieden platze dann jäh mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA. «Heute wissen wir nicht wer, wann, wie und wo zuschlagen wird», so Ueli Maurer. Die Reaktionszeit

sei enorm kurz. Hinzu kommen Cyber-Gefahren. Die Antworten auf diese Bedrohungslage sei die Weiterentwicklung der Armee (WEA). Mit ihr sollen die Armee vollständig ausgerüstet und regional verankert, die Ausbildung verbessert, die Bereitschaft erhöht werden. Dies bei einem Jahresbudget von 5 Milliarden Franken, also knapp 6 % der Bundesausgaben, und einem Bestand von 100 000 Mann.

Um für die verschiedenen Bedrohungen gewappnet zu sein, sind in den nächsten Jahren am Boden, in der Luft und bei der Cyber Defence gezielte Investitionen nötig. Primär müssen laut dem Verteidigungsminister die Systeme geschützt werden, insbesondere die Kommunikationssysteme. Bei der Luftwaffe bleiben neue Kampfjets und die permanente Interventionsfähigkeit Thema. Zudem soll unter anderem in neue Aufklärungsdrohnen, in die bodengestützte Luftverteidigung und die Sensortechnologie investiert werden. Beim Heer stehen unter anderem Minenwerferpanzer und der geschützte Mannschaftstransport im Zentrum.

Beginn des politischen Prozesses

Neben der Landesverteidigung ging Ueli Maurer auf weitere Aufgaben der Armee ein. Im Bereich der internationalen Zusammenarbeit erwähnte er die Friedensförderung, im Inland im Rahmen des Sicherheitsverbundes Schweiz die Katastrophenhilfe.

Wie genau sich die Armee entwickeln soll, wird das Parlament beantworten müssen. Seine Antworten hat der Verteidigungsminister gegeben. Noch diesen Monat wird der Gesamtbundesrat die Botschaft zur WEA verabschieden.

Schweizer Militärbeobachter für die UNO-Mission in der Westsahara

20.08.2014
Die Schweiz wird die UNO-Mission in der Westsahara mit bis zu sechs Militärbeobachtern unterstützen. Das hat der Bundesrat an seiner heutigen Sitzung beschlossen.

Mit der Resolution 2152 hat der UN-Sicherheitsrat am 29. April 2014 beschlossen, die UNO-Mission in der Westsahara (Mission des Nations Unies pour l'organisation d'un réfé-

rendum au Sahara occidental / MINURSO) um 15 unbewaffnete Militärbeobachter aufzustocken. Aufgabe der MINURSO ist es, den Waffenstillstand zwischen Marokko und der Befreiungsbewegung Polisario-Front (Frente Popular para la Liberacion de Sagüia El Hamra y Rio de Oro) zu überwachen.

Die UNO hat die Schweiz im Juli für die Entsendung von unbewaffneten Militärbeobachtern angefragt. Die Abklärungen des VBS ha-

Lernendenstart LBA 2014: Mit total 312 Ausbildungsplätzen auch strategisch auf Kurs

Am 1. August hat für viele Schulabgänger der Übergang in die Berufswelt begonnen. Weil der Nationalfeiertag direkt vor ein Wochenende fiel, starteten die meisten ihren Berufseinstieg am 4. August. In der LBA sind neu 114 Lernende in 20 Berufen am Werk. Mit den total 312 Ausbildungsplätzen ist die strategische Zielvorgabe für 2015 fast erfüllt: auf jeden 10. Arbeitsplatz soll ab 2015 1 Ausbildungsplatz besetzt sein.

06.08.2014 | Kommunikation LBA

Neben 10 Praktikanten (in der Statistik nicht berücksichtigt) haben 8 Lernende in der Zentrale Bern diesen Montag die Loge der Viktoriastrasse betreten und ihre Ausweise gefasst. Anreise mit ÖV, Anreten um 0830, Einfinden im Rapportraum, Informationsveranstaltung nach Traktandenliste und T-Shirt fassen und gemeinsame Verpflegung waren die Eckpunkte des ersten Vormittags. Neuer Jargon, neue Gesichter, neue Regeln: unbekanntes Terrain.

Ähnlich mag es den Lernenden den fünf Armeelogistikcentern ergangen sein, welche diese Woche ebenfalls ins Berufsleben starten. Alle sind erwartungsvoll gespannt, was das neue Leben bringt.

Zurück nach Bern. Unter der Leitung des Lernendenmanagers LBA, Thomas Röthlisberger, haben der Stv C LBA, der Personalchef, die Chefin Kommunikation sowie der Leiter Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit die jungen Frauen und Männer mit den Basis-Informationen der LBA vertraut gemacht. Nach einer gespannten Startphase war das Eis spätestens bei der Vorstellungsrunde gebrochen. Sportinteressierte überall und alle mit klaren Erwartungen und Zielen an sich und ihre Ausbildung. Einzelne gehen bereits eine Zweitausbildung an, andere haben nach der Matura bereits die RS hinter sich.

ben ergeben, dass die Schweizer Armee über die gesuchten Militärbeobachter verfügt. Der Bundesrat hat deshalb beschlossen, die MINURSO mit bis maximal sechs unbewaffneten Armeeangehörigen zu unterstützen.

Die Schweiz unterstützt die UNO-Mission in der Westsahara seit Juli 2011 mit zwei Minenräumspezialisten. Davor beteiligte sich die Schweizer Armee bereits von November 1991 bis August 1994 mit einer Swiss Medical Unit mit maximal 85 Angehörigen an der MINURSO.

Der Altersquerschnitt im Berner Sitzungszimmer beläuft sich zwischen 15 und 26. Ob es allenfalls künftige Geschäftsleitungsmitglieder darunter hat, ist am Starttag noch offen. Im richtigen Raum sitzen sie bereits. Dort nämlich, wo 14-täglich die Führungsrapporte des C LBA mit seinen Direktunterstellten durchgeführt werden.

94 Jungen und 20 Frauen wagen den Berufsstart in der LBA

Es sind 114 Lernende, die diesen August in der LBA ihre Ausbildung in Angriff nehmen. Zusammen mit den 198 Jugendlichen, welche mitten in der Ausbildung stecken, steigern sie mit total 312 zukünftigen Berufsleuten die LBA-Statistik auf einen neuen Höchstwert. Gelingt es, im Sommer 2015 die Neueintritte nochmals anzuheben, wird die Zielvorgabe von 1:10 (1 Ausbildungsplatz auf jeden 10 Arbeitsplatz) locker erreicht.

Die fünf Armeelogistikcenter machen den grössten Lehrlingsanteil der LBA aus:

1. ALC-T: 85 Lernende
2. ALC-G: 74 Lernende
3. ALC-H: 57 Lernende
4. ALC-O: 56 Lernende
5. ALC-M: 22 Lernende

Gesamthaft bietet die LBA 24 Lehrberufe an. Momentan sind 20 besetzt. Die fünf Spitzensreiter sind: Automobil-Mechatroniker/in EFZ, Automobil-Fachmann/frau EFZ, Fachmann/frau Betriebsunterhalt EFZ, Logistiker/in EFZ und Kaufmann/frau EFZ.

55 erfolgreiche Lehrabgänger

55 von 56 Lernenden haben diesen Sommer ihre Lehre in der LBA erfolgreich beendet. Der Notendurchschnitt liegt bei 4.85. Zwei Lernende aus Thun durften dank einem Notendurchschnitt von 5.5 einen Tag mit den C LBA verbringen.

4 Lehrabgänger haben in der LBA einen unbefristeten Anstellungsvertrag erhalten. 16 werden im Rahmen von PONTE maximal 6 Monate weiterbeschäftigt. Diese Möglichkeit



steht allen Lehrabgängern aus der Bundesverwaltung offen, die nach dem Abschluss weder inner- noch ausserhalb der Bundesverwaltung eine Festanstellung gefunden haben. Weiter wird diese Möglichkeit auch zur Überbrückung bis zur Rekrutenschule genutzt. 6 erfolgreiche Lehrabgänger beginnen eine Zweitlehre bei der LBA.

ALC Monteceneri:

Zum Start erhielten die Lernenden einen Einblick in den Armeesportstützpunkt Andermatt. Dabei konnten sie einige Schüsse aus der Biathlonwaffe abgeben. Weiter wurden die Jugendlichen in Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz ausgebildet. Sie erfuhrn die Wichtigkeit von Hautschutz und konnten verschiedene persönliche Schutzausrüstungen testen.

ALC Hinwil

Am Hauptstandort Hinwil startete der Eintagsfesttag mit 21 neuen Lernenden mit der Begrüssung durch die Centerleitung ALC-H. Anschliessend fand die Ausbildung B+F mit der Handhabung von Kleinlöschgeräten und Löschdecken statt. Nach einem Rundgang auf dem Areal wurde der erste Tag mit einem Grillplausch abgeschlossen. Am zweiten Tag wurden die neuen Lernenden im Bereich Qualität, Umwelt und Sicherheit ausgebildet und konnten eine Grundausbildung im Bereich IT durchlaufen.

